

Die Tortur mit Arbeitsagentur und Jobcenter Ein Erfahrungsbericht

Sicher haben viele Angehörige Erfahrungen mit Arbeitsagentur, Jobcenter, Sozialbürgerhaus, beruflichen Rehamaßnahmen etc. für ihre Betroffenen gemacht. ApK-Mitglied Brigitte Fischer hat diese Erfahrungen jetzt zu einem Fallbericht zusammengefasst. Dazu gibt sie Tipps im Umgang mit diesen Ämtern.

Nach drei Jahren Beschäftigung mit 15 Wochen-Stunden in einem Integrationsunternehmen für psychisch kranke Menschen beendete das Jobcenter die sogenannte „Integrations“-Maßnahme meines Sohnes mit der Begründung, dass keine Verlängerung mehr möglich sei. Eine beschützte Maßnahme wäre erst wieder nach Ablauf eines Jahres denkbar. Auf die Frage, wie es in der Zwischenzeit weitergehen solle, erhält mein Sohn die Antwort, sich auf dem 1. Arbeitsmarkt zu bewerben, z. B. als Postbote oder Zeitungsaussträger. Damit wurde von der zuständigen Sachbearbeiterin, die keinerlei fachmedizinische Erfahrung hatte, also vorausgesetzt, dass er nun plötzlich wieder gesund sei, obwohl ein fachärztliches Attest mit einer max. täglich vierstündigen Arbeitsmöglichkeit vorlag, welches völlig ignoriert wurde.

Es begann eine sehr anstrengende Zeit mit zunehmendem Stress und folglich erhöhter Druckbelastung für meinen Sohn durch eine Vielzahl von Bewerbungsverfahren und 14-tägigem Antreten beim Jobcenter zum Erfolgsbericht. Die Sorge um einen erneuten Rückfall in die Psychose nahm zu, denn diesem enormen Druck war mein Sohn seit langem nicht mehr ausgesetzt. Das zu vermeiden, sollte ja schließlich durch den geschützten Arbeitsplatz im sozialen Integrationsunternehmen erreicht werden. Wie zu erwarten, verschlechterte sich der Gesundheitszustand meines Sohnes besorgniserregend. Jedem Jobcenter-Termin gingen Angstattacken und massive Schlafstörungen voraus. Erfolge mit Bewerbungen auf dem 1. Arbeitsmarkt waren natürlich mit seinem bestehenden chronischen Krankheitsbild ausgeschlossen. Das ist schon für Gesunde anstrengend!

Das Jobcenter bot nach erfolglosen Bewerbungsverfahren Grundsicherung oder Behindertenwerkstatt an. Für einen jungen Menschen nicht gerade aufbauende Perspektiven, die zur Gesundheitsstabilisierung beitragen sollen. Wir alle wissen, wie wichtig besonders für unsere kranken Angehörigen, eine regelmäßige, sinnvolle Tagesstruktur ist. Schließlich versuchte er es durch eigenes Engagement bei einer Zeitarbeitsfirma, anfangs ohne Erfolg, da er acht Stunden täglich nicht durchhalten konnte. Jetzt arbeitet er wieder unter vier Stunden bei einer Zeitarbeitsfirma, solange bis die Sperrfrist abgelaufen ist und neue Maßnahmen-Entscheidungen vom Jobcenter gefällt werden, denn dann ist er ja nach Auffassung des Jobcenters wieder krank und darf integriert werden!?

Diese Handhabung des Jobcenters wollten wir nicht unwidersprochen hinnehmen. Das Ganze ist ein absolutes No-go! Ich entschloss mich einzumischen und nachvollziehbare Begründungen von den Verantwortlichen für dieses Handeln einzufordern.

Wichtig: Vor Kontaktaufnahme mit Behörden ist es immer ratsam, sich Fachwissen zum entsprechenden Themenbereich einzuholen, was ja heutzutage durch schnelle Internet-Recherchen einfach ist. Zusätzlich eignet man sich damit automatisch die notwendige fachsprachliche Kompetenz an, um auf etwa gleicher Augenhöhe zu sein – was ausgesprochen wichtig ist, damit man überhaupt gehört wird!
Sich Fragen vorab zu notieren hat den Vorteil, das Thema punktgenau benennen zu können, strukturiert vorzugehen und zusätzlich die Defizite und Versorgungslücken in der Versorgung der Betroffenen deutlich machen zu können.

Nach längeren Telefonaten, mailen, zuständiger Ansprechpartnersuche und letztlich Einschaltung unseres ApK-Vorstands erhielt ich schließlich nach einem halben Jahr einen persönlichen Gesprächstermin bei der Arbeitsagentur mit dem grandiosen Ergebnis, dass nun doch das Jobcenter zuständig sei, obwohl ich meinen Fall bereits schriftlich ausführlich darstellte.

Fazit:

Obwohl sich die Jobcenter scheinbar „bemühen“, unsere Angehörigen individuell mit passgenauen Angeboten zu bedienen, scheint dies in der Praxis keineswegs den Tatsachen zu entsprechen. Meine Frage, wie es sein könne, dass man nach einer beschützten zeitlimitierten Maßnahme und weiterhin bestehender Krankheit plötzlich wieder auf dem 1. Arbeitsmarkt arbeiten sollte, konnte nicht beantwortet werden, jedoch mit dem Verweis, sich bei der zuständigen Sachbearbeitung bzw. Leitung des Sozialbürgerhauses zu beschweren, weil das nicht nachvollziehbar und man hier wiederum nicht zuständig wäre. Also Zuständigkeit Nr. 3 in diesem Behörden-Karusell!

Nach diesen Erfahrungen habe ich zumindest einen Eindruck erhalten, wie diese Institutionen Inklusion leisten, von denen unsere leidgeprüften Angehörigen leider abhängig sind, und das sieht sehr traurig aus. Wenn es schon für uns Gesunde schwierig ist, die vielen Regelungen und Maßnahmen zu überschauen, kaum vorstellbar, wie sich das für unsere kranken Angehörigen anfühlen muss, ausgeliefert zu sein, in Schubladen abgeschoben zu werden und mit sich machen lassen zu müssen. Von individueller selbstbestimmter Integration kann wohl kaum die Rede sein! Die Beschäftigungskonzepte und so genannte Integrationsmaßnahmen passen meist nicht und sind schon gar nicht sinnstiftend, fördernd und qualifizierend. Hier zeigt sich die fehlende Wertschätzung sehr deutlich!

Mein Jobcenter-Gesprächspartner hat dem schließlich zugestimmt, dass das schwierig ist, nachdem er meinte, die Kranken sollten sich bei ihrem Sachbearbeiter konkreter äußern, was sie bräuchten. Man muss schon sehr gesund sein, um seine Bedürfnisse und Wünsche nach passgenauer Beschäftigung artikulieren zu können und diese bei seinem Gegenüber durchzusetzen, von dem man auch noch abhängig ist. Wie soll das z. B. einem Kranken mit Sozialphobie gelingen? Dazu braucht es auch ein gewisses Maß an Selbstbewusstsein, das man wohl mit einer psychischen Erkrankung nicht gerade im Überfluss besitzt. Gerade der Kontakt mit fremden Sachbearbeitern, die man sich nicht aussuchen kann und die in einer sehr wichtigen Angelegenheit, nämlich der sehr sensiblen Arbeitsfindung, kooperieren und unterstützen sollen, braucht es Vertrauen und eine gute Beziehungsebene. Die will erst einmal erarbeitet und hergestellt werden. Das ist ähnlich wie in einer Psychotherapie, nur wird hier doch sehr viel behutsamer und sensibler verfahren, wobei man wenigstens noch den Vorteil hat, sich den Therapeuten nach Sympathie auswählen zu können.

Ich zweifle sehr an der Kompetenz dieser Menschen im Umgang mit unseren Angehörigen. Da ist noch sehr viel Bewusstmachung, Aufklärung und Qualifizierung vonnöten. Nach Angabe des Jobcenters gibt es derzeit nur drei Mitarbeiter, die geschult sind im Umgang mit psychisch kranken Menschen, d. h. konkret, eine einzige Psychologin und zwei weitere Mitarbeiter ohne psychologische Qualifikation, die ihr Wissen angeblich an ihre Teams weitergeben. Das ist natürlich völlig unzureichend, bei einer Fallzahl von 1.900 zu drei bis vier Mitarbeitern – unvorstellbar!!

Insgesamt ist zu resümieren, dass wir von einer gelungenen Inklusion unserer Angehörigen weit entfernt sind, sofern diese Gesellschaft ihnen überhaupt eine echte Chance geben möchte. Die Bundesregierung plant, arbeitsmarktpolitische Instrumente zu reformieren mit dem Ergebnis, dass wichtige Beschäftigungsgelegenheiten, insbesondere für unsere Angehörigen, gestrichen werden.

Eines bleibt sicher: Wir müssen für unsere Angehörigen weiterhin und nachhaltig eintreten, unsere Lobbybildung stärken und erweitern sowie Verbesserungen fordern. Dazu kann man sich zusammenschließen und gemeinsam etwas unternehmen, bzw. nach unterstützenden Mitstreitern suchen, die es ja schon gibt. Die Verantwortlichen handeln u. a. oft aus Unwissenheit, weil es Ihnen an Erfahrungswissen und Empathievermögen fehlt. Hier sind wir gefordert, sie darauf aufmerksam zu machen, was es an sinnvollen Förderkonzepten und effektiven Maßnahmen braucht, weil wir ja die Praxis täglich mit unseren Angehörigen erleben und deren wirklichen Bedarf kennen. Hier haben wir das Erfahrungswissen, die Kompetenzen und das Einfühlungsvermögen.

Bleiben wir also kontinuierlich dran, mischen wir uns ein - gemeinsam, damit auch unsere Angehörigen eine echte Chance für ein menschenwürdiges Leben in unserer Gesellschaft erhalten, die ihnen selbstverständlich zusteht und sie nicht ihr ganzes Leben auf staatliche Unterstützung angewiesen sein müssen. Wenn nicht wir, wer sonst sollte es tun?

Brigitte Fischer, München